

Dezentrale Energiepolitik ist Friedenspolitik - oder: Wie die Verquickung von Energiemonopolen und Machtpolitik zum Krieg führt - Aktuelle Erkenntnisse zu den Hintergründen der Irakpolitik des George W. Bush -

Die grauenvolle Katastrophe der Vernichtung des World-Trade-Centers mit drei Tausend Menschen in New York am 11.09.01 stellt für die Bevölkerung der sogenannten zivilisierten Welt eine neue Qualität der Bedrohung dar. Seither lag der Schwerpunkt westlicher Politik auf der Beschäftigung mit dem Gegner - Terroristen - bis hin zur Anti-Terrorgesetzgebung auch im deutschen Bundestag.

Zwei Ende des Jahres 2002 erschienene Bücher beleuchten demgegenüber die Hintergründe der amerikanischen Regierungspolitik im Vorfeld und in der Folge dieses Ereignisses: 1. *Jean-Charles Briscard, Guillaume Dasquié: Die verbotene Wahrheit/Die Verstrickungen der USA mit Osama Bin Laden, Zürich 2002*, und 2. *Mathias Bröckers: Verschwörungen, Verschwörungstheorien und die Geheimnisse des 11.9., Frankfurt am Main 2002*.

Aus den in den Büchern zitierten Geheimdienstdokumenten, diplomatischen Quellen und Zeugnisaussagen wird deutlich, auf welche Weise Energiemonopole und eine Regierung, die sich von ausländischen Energiequellen abhängig macht, zur Erzeugung weltweiter Kriege beitragen, indem sie vor kaum einem Mittel zurückschrecken, um sich gegenseitig an der Macht zu halten, bzw. ihre Macht zu stärken.

Aus der Darstellung der Hauptstränge dieser aktuellen Geschehnisse, nämlich der unter George W. Bushs Regierung, geht indirekt die eminente Bedeutung alternativer erneuerbarer Energie hervor, insbesondere in ihrer nicht zu ersetzenden Fähigkeit, Umweltkatastrophen - aktuell: den im November 2002 durch spanisch-staatliche Dusselllichkeit versenkten seeuntüchtigen Öl-Tanker „Prestige“ -, sondern vor allem internationale Kriege zu vermeiden. Dafür ist die im 2. Teil skizzierte, seinerzeit von US-Präsident Jimmy Carter in Auftrag gegebene Studie ein wesentlicher Beleg. Im letzten Teil wird danach gefragt, welchen der beiden Wege - den der Energiemonopole Bushs oder den der dezentralen Energieversorgung - die bundesdeutsche rotgrüne Regierung einschlägt. Hier gibt der E.ON-Konzern Anlass, dringend auf das Negativbeispiel der Bush-Regierung zu verweisen.

1. Bushs Kriegspolitik und das Ölgeschäft

„Als nächstes wird der Staatsmann billige Lügen erfinden, die die Schuld der angegriffenen Nation zuschieben, und jeder Mensch wird glücklich sein über diese Täuschungen, die das Gewissen beruhigen. Er wird sie eingehend studieren und sich weigern, Argumente der anderen Seite zu prüfen. So wird er sich Schritt für Schritt selbst davon überzeugen, dass der Krieg gerecht ist und Gott dafür danken, dass er nach diesem Prozess grotesker Selbsttäuschung besser schlafen kann.“

Mark Twain am Vorabend des I. Weltkrieges

Die Bevölkerung der Vereinigten Staaten repräsentiert fünf Prozent der Weltbevölkerung und verbraucht 40 Prozent des Öls der Welt. So diktiert der Imperativ des billigen Öls die US-Außenpolitik seit vielen Jahrzehnten. Die notorische Öl-Sucht machte aus den USA einen rasenden, gewalttätigen „Junkie“, der vor keiner staats-politischen Beschaffungskriminalität zurückschreckt. Da bedeutende Ölvorräte in Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan liegen, mussten aus der Sicht der USA die sowjetischen Invasoren aus Afghanistan vertrieben werden. Denn der beste Weg, das Öl in die USA zu transportieren, wäre der Bau einer Pipeline durch Afghanistan und Pakistan zum Indischen Ozean.

Daraufhin wurde in den 80er Jahren mit Milliarden Dollar der saudischen Ölfeudalisten der "Heilige Krieg" entfacht. Pakistan lieferte in Hunderten von Koranschulen und Trainingscamps die ideologische und kämpferische Aufrüstung der Mujaheddin - "Gotteskrieger" -, finanziert durch das von Geheimdiensten kontrollierte florierende Heroingeschäft. Überall in der islamischen Welt wurden junge Muslime für dieses Gehirnwäsche- und Gotteskriegerprogramm angeworben; alles unter Supervision der USA, die auch in Dutzenden amerikanischer Rekrutierungsbüros "heilige" Krieger anwarben und einige von ihnen in US-Militärcamps ausbildeten. Bis Anfang August 2001 betrachteten die USA die Taliban - "Schüler des Islam" - als eine Quelle der Stabilität in Zentralasien, die den Bau und Betrieb einer Pipeline ermöglichen würden.

Die großen US-Ölkonzerne Exxon Mobil, Texaco, Unocal, BP Amoco und Shell investierten von 1991 bis 1997 drei Milliarden Dollar für die Bestechung der Staatsführung von Kasachstan, um sich die Nutzungsrechte der riesigen Ölreserven der Region zu sichern. Die Ölfirmen verpflichteten sich, künftig 35 Milliarden Dollar direkt in Kasachstan zu investieren. Da die verfügbaren Pipelines in russischer Hand sind und Moskau exorbitante Preise für deren Nutzung verlangt, beklagten sich die Ölkonzerne vor dem Außenpolitischen Ausschuß, dass sie über keinen Weg verfügten, um ihre Investitionen wieder hereinzuholen. Das soll und will Präsident Bush ändern. Dafür hatten die Öl-Multis wesentlich zu seinen 150 Mio. Dollar an Wahlkampfkosten beigetragen.

Das Buch „*Die verbotene Wahrheit / Die Verstrickungen der USA mit Osama Bin Laden*“ beschreibt anhand von Geheimdienstdokumenten, Zeugenaussagen und diplomatischen Quellen, wie die US-Öl-Interessen dazu führen, ein pipeline-freundliches Regime in Afghanistan zu installieren. Deutlich wird hier vor allem der Umschwung, den die unter Federführung der UN bis Ende 2000 gut fortgeschrittenen, bilateralen Verhandlungen mit der afghanischen Regierung nahmen, als George W. Bush Anfang 2001 ins Weiße Haus einzog. Noch Ende September 2000 hatte der stellvertretende Außenminister der Taliban einen Vortrag in Washington gehalten und Zugeständnisse bezüglich der Menschenrechtsforderungen und des Problems Osama Bin Laden in Aussicht gestellt. Doch sofort nach Bushs Machterschleichung forcierte die US-Administration die Anstrengungen in Sachen Taliban und Pipeline. Die Taliban gerieten unter immer stärkeren Druck durch das UN-Embargo.

Die Taliban hatten sich zur Aufpolierung ihres Images gleich eine PR-Repräsentantin in Washington zugelegt, die professionelle Laila Helms, Tochter eines afghanischen Exministers und Nichte (!) des ehemaligen CIA-Direktors Richard Helms. Einige Monate später, beim letzten Treffen in Berlin im Juli, drohte der Vertreter der US-Administration den Taliban offen mit militärischen Aktionen. Bis August 2001 wurde mit Mullah Omar und seiner Talibanregierung über die Öl-Pipeline durch Afghanistan verhandelt. Ihre Einwilligung in die amerikanischen Konditionen hätte ihnen einen "Teppich voller Gold" (sprich: neue IWF / Weltbank-Kredite) eingebracht, ihr Nein - und ihr offenes Desinteresse an einem Zubrot auf einem diskreten Konto - bescherte ihnen dann den vom US-Verhandlungsführer angedrohten "Teppich von Bomben".

Während der Pipelineverhandlungen mit den Taliban fungierte Hamid Karzai als Berater, namentlich im Auftrag des US-Konzerns United Oil of California / Unocal. Nach dem Sieg über die Taliban wurde Karzai auf dem Petersberg bei Bonn zum Chef der afghanischen Interimsregierung ernannt. Als Präsident Afghanistans einigte sich Hamid Karzai im Februar 2002 mit Pakistans Militärherrscher Musharraf über die Wiederaufnahme der unterbrochenen Pipelineplanung, die im Mai 2002 erfolgreich abgeschlossen wurde. Mit von der Partie war der seit Januar 2002 in Kabul amtierende US-Sonderbeauftragte, Zalmay Khalilzad. Khalilzad diente schon unter Bush senior als Unterstaatssekretär im US-Verteidigungsministerium. Er führte als Unocal-Mann von Mitte der 90er Jahre maßgeblich die Pipelineverhandlungen mit den Taliban. Die Zwei-Milliardenaufträge für den Bau und die Versorgung der Pipeline will die Firma Halliburton übernehmen. Halliburtons letzter Chef heißt Dick Cheney. Der wurde (zufällig?) Vizepräsident der USA.

Die Attacken am 11. September 01 sorgten in Washington sowohl für einen Auslöser als auch für eine bemerkenswerte Koinzidenz. Pakistans früherer Außenminister Niaz Naik enthüllte, ihm sei von hohen amerikanischen Vertretern Mitte Juli 2001 gesagt worden, dass eine Militäraktion in Afghanistan Mitte Oktober beginnen würde. Außenminister Powell war damals in Zentralasien unterwegs und sammelte schon Unterstützung für eine anti-afghanische Kriegscoalition.

Am 10. 10. 2001 berichtete die pakistanische Zeitung *The Frontier Post*, der Öl-Minister Pakistans sei von der US-Botschafterin Wendy Chamberlain angerufen worden. Die zuvor ad acta gelegte Unocal-PipelinedurchAfghanistanstehe“imHinblickaufdiejüngstengeopolitischenEntwicklungen“ wieder auf der Agenda.

Zur Sicherung der Weltmacht im 21. Jahrhundert, ist für die USA geopolitisch eine Kontrolle der zentralasiatischen Ölvorräte unabdingbar. Wurde der 11.9. als “Überraschungsangriff“ genutzt, um das kriegsunwillige Volk der USA zu einem “möglicherweise Generationen dauernden Krieg“ (Verteidigungsminister Rumsfeld) zu treiben? Oder tolerierte die US-Regierung den Angriff auf das World Trade Center wie auf Pearl Harbour am 7.12.1941? Oder provoziert sie wie zum Golfkrieg? Da überbrachte am 25.7.1990 die US-Botschafterin im Irak, April Glaspie, eine Botschaft des Weißen Hauses an Saddam Hussein: Präsident Bush wünsche, die Beziehungen zum Irak, „auszubauen und zu vertiefen. (...) Wir haben zu den innerarabischen Differenzen wie auch zu Ihren Auseinandersetzungen mit Kuwait nicht viel zu sagen. Wir alle sind davon überzeugt, dass Sie das Problem bald lösen werden.“

Osama Bin Laden wanted “dead or alive“ - wirklich?

Als die Bush-Regierung mit der Geheimverordnung “W1991“ die FBI-Fahndung nach Al Quaida unterband, verließ der seit 1993 mit den Ermittlungen gegen Osama Bin Laden betraute FBI-Direktor John O'Neill - der “beste Terroristenjäger der USA“, wie ihn die *New York Post* titulierte - nach 30 Dienstjahren resigniert das FBI. Am 1. 9. 01 trat er den Posten als Sicherheitschef des World Trade Centers an. Zehn Tage später kam er bei dem Anschlag gegen das World Trade Center ums Leben. Seine Überreste wurden geborgen.

Noch im Juli 2001 hatte O'Neill den Autoren des Buches „*Die verbotene Wahrheit ...*“: erklärt „Das größte Hindernis bei den Ermittlungen gegen islamische Terroristen waren die Interessen der US-Ölkonzerne und die Rolle Saudi-Arabiens“, die eine mögliche Gefangennahme Osama Bin Ladens verhinderten. „Alle Antworten, alle Schlüssel zur Zerschlagung von Osama Bin Ladens Organisation liegen in Saudi-Arabien“.

Den größten Militärauftrag, den die US-Army je im Ausland vergab, hatte Bush sen. im Zuge des Golfkrieges für die Errichtung und Ausstattung der US-Militärbasen in Saudi-Arabien erteilt. 200 Milliarden Dollar wurden investiert, davon gingen 65 Milliarden in Anlagen und Bauten; ein Teil davon an den größten Bauunternehmer des arabischen Raums, die Bin Laden-Gruppe. Nach dem Bombenanschlag in Khobar 1996 wurde Osama Bin Laden zwar einerseits als Hauptverdächtiger genannt, der Auftrag für den Bau eines neuen „supersicheren“ Nachfolgekomplexes ging jedoch wieder an die Bin Laden-Gruppe. Zur selben Zeit saß Osama im Sudan und hätte, wie der damalige sudanesischer Verteidigungsminister, General Erwa, der *Washington Post* mitteilte, an die USA ausgeliefert werden können. Doch Washington lehnte das Auslieferungsangebot des Sudans ab. Die USA fürchteten Aufstände gegen das Königshaus in Saudi-Arabien.

Wie wenig der Mythos eines Abtrünnigen auf Osama Bin Laden zutrifft, wird darin deutlich, dass der erste internationale Haftbefehl auf den angeblich seit Anfang der 90er Jahre aktiven Terroristen erst 1998 ausgestellt wurde - beantragt nicht aus Washington, London oder Berlin, sondern aus

Tripolis. Die Behörden Gaddhafis machten Bin Laden und Komplizen unter anderem für den 1994 begangenen Mord an zwei Mitarbeitern des deutschen Bundesamts für Verfassungsschutz - Silvan Becker und seiner Ehefrau - verantwortlich.

„Ich hätte kein Terrorist sein wollen, der von ihm gejagt wird, ich habe erlebt, wie er Himmel und Erde in Bewegung setzt“, bekundete der Anti-Terror-Chef des britischen Scotland Yard in einem Nachruf auf den international geschätzten Kollegen. Aufgrund seiner „Dickköpfigkeit“ und „Aggressivität“ sei er des öfteren mit den Geheimdiensten und dem US-Außenministerium aneinander geraten, berichtete die *New York Times* nach seinem Rücktritt im August 2001. Ein harter Hund also, dieser John O'Neill, anscheinend genau der richtige für die Jagd auf fanatische Terroristen - solange sie nicht unter dem Schutz der CIA und der Ödiplomatie stehen.

Dies scheint jedenfalls die einzige plausible Erklärung dafür zu sein, dass die größte Polizeiaktion der Weltgeschichte erfolglos blieb: am 1. Mai 2002 meldete die *BBC*: „Die US-Geheimdienste haben zugegeben, dass sie keinerlei aufgezeichnete Spuren gefunden haben, die zu den Anschlägen des 11. September führen. Bei der bisher ausführlichsten Darstellung der Untersuchung sagte der Chef des FBI, dass Amerika nach fast sieben Monaten rastloser Fahndung keine harten Beweise gefunden habe, die mit den Anschlägen auf New York und Washington im Zusammenhang stehen.“

Da muss sich die Weltöffentlichkeit fragen: Wer traf die Entscheidung, John O'Neills Fahndung nach Al Quaida-Zellen in Saudi-Arabien zu stoppen? Und warum? Wer entschied und aus welchem Grund, ihm stattdessen den Job als Sicherheitschef des World Trade Centers anzubieten?

Schon Mitte Januar 2002 hatte Präsident Bush den Kongress aufgefordert, keine tiefergehenden Ermittlungen zu den Hintergründen des 11.9.01 anzustellen, da dies die „nationale Sicherheit“ gefährde. Lässt das nicht einzig und allein nur den Schluss zu, dass Bush, wenn die wahren Zusammenhänge zutage gefördert würden, Angst um seine Präsidentschaft haben muss? Würde er dann zusammen mit seinem Vater wegen „dealing with the enemy“ (Geschäfte mit dem Feind) verurteilt, wie einst im Jahre 1942 Großvater Prescott Bush wegen seiner Geschäfte mit den Nazis? Alle drei Bushs gehören zum Elite-Geheimorden der Yale-Universität „Skull & Bones“ (Totenkopf und Knochen, das Himmlers SS als Ordenssymbol übernahm).

Noam Chomsky urteilt: „Wir sollten erkennen, dass die Vereinigten Staaten in weiten Teilen der Welt als der führende terroristische Staat angesehen werden - und das aus gutem Grund.“

Die dunklen Quellen der Macht George W. Bushs

George W. Bush - der heutige US-Präsident - bekam 1979 das Startkapital für seine erste Öl-Explorationsfirma von James R. Bath, seinem Nachbarn und Fliegerkameraden, der als Repräsentant zweier saudischer Milliardäre ein Vermögen machte: Khalid Bin Mahfouz und Salim Bin Laden. Mahfouz, der seit Jahrzehnten meist auf seinem prachtvollen Zweitwohnsitz in Houston / Texas residiert, wurde wegen seiner Schlüsselrolle im BCCI-Bankenskandal 1991 zu 225 Millionen Dollar Strafe verurteilt. Die BCCI-Bank hatte als Geldwaschanlage für den Drogenhandel gedient und als Transaktionskanal für Geheimdienstgelder im Iran-Contra-Deal, bei dem die US-Regierung Waffen- und Kokaingeschäfte betrieb, um die nicaraguanischen „Contra“-Terroristen US-haushaltsneutral zu unterstützen. Ausgeheckt wurde dies vom Sicherheitsberater des damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan, Admiral John M. Poindexter, der später dafür im Gefängnis saß. Kürzlich wurde Poindexter von Präsident Bush zum Leiter des neu gegründeten „Information Awareness Office“ ernannt. „Wenn Sie wissen wollen, was diese Behörde tut, dann denken Sie an ‚Big Brother‘ (der britische *Guardian*).“

Salim Bin Laden soll als Vermittler gute Dienste bei der umstrittenen Operation "October Surprise" geleistet haben. "October Surprise" war ein angebliches Geheimgespräch von US-Republikanern mit iranischen Fundamentalisten, um die in der Teheraner Botschaft gefangenen US-Geiseln über den Wahltermin hinaus festzuhalten, was Jimmy Carter um die Wiederwahl und Ronald Reagan ans Ruder brachte. Der damalige US-Präsident und Friedensnobelpreisträger des Jahres 2002, Jimmy Carter, wollte die USA durch dezentrale und erneuerbare Energie vom sonst unvermeidlichen Öl-Kriegs-Kurs abbringen. Salim Bin Ladens junger Vetter Osama wurde 1980 auch vom Geheimdienst angeworben. Sein Auftrag: die saudischen Mujaheddin in Afghanistan zu einem schlagkräftigen Heer gegen die Sowjets aufzurüsten. Fortan akquirierte der junge Osama mit Koffern voller BCCI-Dollars und "Jihad"-Parolen Söldner für den "heiligen" Krieg, um die Sowjets aus Kabul zu vertreiben. Als dies 1988 erfolgreich war, stürzte Salim Bin Laden unter mysteriösen Umständen mit eben jener Maschine ab, die er schon für die geheimen Geiselnverhandlungen mit den Iranern zur Verfügung gestellt haben soll.

Im Zuge der neuen Gesetze zur "nationalen Sicherheit" hat Bush jun. jetzt auch die Akten über die Amtszeit seines Vaters in Sicherheit gebracht. Denn ENRON, die größte Pleite der US-Finanzgeschichte, führt geradewegs hinein in Korruption und Betrug, den Bush jun. nach seinem dubiosen Wahlsieg dank des „Krieges gegen den Terrorismus“ scheinbar abgeschüttelt hatte - und zurückzuseineneigenenInsidergeschäftenalsDirektorvonHarkenEnergy,einerÖlexplorationsfirma, Anfang der 90er Jahre. Wie bei ENRON, wo die Direktion vor der Pleite noch schnell Kasse machte, verkaufte auch George W. Bush sein Aktienpaket für knapp eine Million Dollar - wenige Wochen, bevor Harken mit Beginn des Golfkriegs „überraschend“ Konkurs ging. Wie ENRON die Hauptquelle der Wahlkampfspenden von Bush jun. darstellte, zählten die Investoren von Harken zu den wichtigsten Finanziers des Seniors, des ehemaligen CIA-Chefs. Und wie dort Dokumente über die betrügerischen Transfers verschwanden, wurden Untersuchungen des Harken-Insiderdeals von seinem Vater seinerzeit niedergeschlagen. Kürzlich wies das US-Justizministerium alle Behörden darauf hin, dass sie unter Berufung auf die "nationale Sicherheit" ab sofort befugt seien, Akten nach ihrem Gutdünken zurückzuhalten.

Bushs Politik der Geheimoperationen gegen das "Reich des Bösen" bewirkt das proklamierte Gegenteil: Osama Bin Laden wird zum Helden und Märtyrer. Der islamische Terror erhält weltweit Auftrieb. Die Elitesoldaten der 82. Luftlandedivision benehmen sich brutal und ignorant, durchkämmen die Dörfer, als verberge sich in jedem Haus ein Bin Laden. Man fliegt jetzt Bombeneinsätze, um die Kriegshandlungen zwischen verbündeten afghanischen Fraktionen zu schlichten. Die Opiumproduktion der verbündeten Nordallianz ist enorm gesteigert worden. Zweitausend Tonnen Opium haben "unsere Verbündeten" im vergangenen Jahr westlichen Konsumenten verkauft. (FAZ 22.12.02)
Merke: Werden Rauschpflanzen illegalisiert, bekommen sie einen Wert wie Edelmetall. "Edelmetall", das angebaut und geerntet werden kann, wird zur Basis militärischer Macht; Rüstungslieferanten werden zu Drogen-Geldwäschern.

Der Irak-Krieg - ein Verdunkelungsmanöver

Hans von Sponeck, ehemaliger UN-Koordinator für humanitäre Hilfe im Irak, urteilt über die gegenwärtige Situation im Irak: „Während der 17 Monate der Bush-Administration ging für die US-Regierung bei den Versuchen, die Öffentlichkeit auf Militärschläge gegen Irak vorzubereiten, fast alles schief. (...) Beweise für eine Al Quaida/Irak-Kollaboration gibt es nicht. (...) Derzeit wird eine systematische Kampagne der Falsch- und Fehlinformationen - die größte, die je von US-Behörden unternommen wurde - intensiviert. Der US-amerikanischen und der internationalen Öffentlichkeit wird täglich eine ansteigende Propaganda-Dosis darüber verabreicht, welche Bedrohung Irak für die Welt im Jahr 2002 darstellt.“

An der Spitze der Befürworter eines Krieges gegen Irak steht der Vize-Verteidigungsminister der USA, Paul Wolfowitz, der eine militärische Lösung als einzige Option sieht. Am 14. Juli 2002 bemerkte er in Istanbul: ‚Präsident Bush hat es deutlich gemacht, wie gefährlich das irakische Regime für die USA ist und dass es für eine Gefahr steht, mit der wir nicht weiter leben können.‘ Eine solche Äusserung ohne Beweise ist unverantwortlich. Sie befördert eine von der Regierung ausgelöste Massenhysterie in den USA und zielt darauf, eine Unterstützung für militärische Aktionen zu erlangen. (...)

Das US-Verteidigungsministerium und die CIA wissen ganz genau, dass der heutige Irak keine Bedrohung für die Region, geschweige denn für die USA darstellt. Jede andere Behauptung ist unehrlich. (...) Wirklich besorgniserregend ist, dass das US-Verteidigungsministerium über all diese Informationen verfügt. Warum dann, muss man fragen, hält die Bush-Administration daran fest, Irak in ihrem Kampf gegen den Terror einzubeziehen?“ (*Frankfurter Rundschau*, 30.7.02)

2. Der Friedensnobelpreis 2002 für Jimmy Carter: ein ermutigendes Zeichen für eine nachhaltige Zukunft

Die erste Öl-Krise 1973 war drei Jahre her, da wurde Jimmy Carter der 39. US-Präsident. Er wollte die Abhängigkeit der USA vom Nahost-Öl beenden. Demonstrativ zog er sich dicke Pullover an und setzte die Raumtemperatur im Weißen Haus herunter. Ihn bewegte die Frage: Wie konnten Sicherheit und Wohlstand der USA garantiert werden, ohne Öl-Kriege führen zu müssen? Als ehemaliger Atom-U-Boot-Ingenieur wußte er, dass man in der Technik bei wirklich sicheren Geräten und Systemen von „inhärenter“ Sicherheit spricht. Das Wort „inhärent“ stammt aus dem Lateinischen und bedeutet: innewohnend, angeboren, eigen. Nur was in sich selbst begründet ist, kann sicher sein. Als Christ wusste er: Nur wer mit Gott handelt, der wahrhaft autonom ist, der ist wirklich sicher. Doch im Januar 1981 musste Jimmy Carter, als Erdnussfarmer verlacht, deprimiert und erschöpft gehen.

Immerhin verdanken wir Jimmy Carters US-Präsidentschaftszeit zwei Studien:

- die bekannte Studie „Global 2000“
- die weit wichtigere Studie, die in Deutschland unbekannt ist, da sie nicht einmal ins Deutsche übersetzt wurde, kursiert in ein paar Fotokopien in Insiderkreisen und heißt im Originaltitel: „Dispersed, Decentralized and Renewable Energy Sources: Alternatives to National Vulnerability and War“. Zu deutsch: „Verstreute, dezentralisierte und erneuerbare Energiequellen: Alternativen zu nationaler Verwundbarkeit und Krieg.“

Es ist eine aufregende Dokumentation, die von etwa fünfzig Naturwissenschaftlern und hohen Militärs erarbeitet wurde. Sie belegt auf 340 Seiten, dass kein Land verteidigt werden kann, mit welchen Waffen auch immer, das eine so zentralisierte Energieversorgung hat wie zum Beispiel die USA und Deutschland. Sie weist nach, insbesondere sensibilisiert aufgrund der Erfahrungen aus dem zweiten Weltkrieg, dass die Bevölkerung in einer ernsten Krise oder gar im Krieg keine Überlebenschancen hat: „*Es ist jedoch erstaunlich, daß lokale, dezentrale Konzepte für den Zivilschutz und zur Verteidigungsplanung nicht so ernst genommen werden, wie die dezentralen Konzepte zum Schutz der Atomwaffensysteme.*“

Die Autoren dieser überzeugenden Studie ziehen ein eindringliches Fazit:

„Verstreute, dezentralisierte und erneuerbare Energiequellen können die nationale Verwundbarkeit und das sichere Eintreffen eines Krieges vermindern, wenn sie statt der verwundbaren zentralisierten Ressourcen eingesetzt werden. (...)

Dezentralisierte elektrische Energieerzeugungssysteme haben Vorteile wie zum Beispiel kurze Aufbauzeiten, geringere Kapitalerfordernisse, einen größeren Wirkungsgrad und eine geringere Verwundbarkeit bei Treibstoffmangel.“

Diese Fakten und Erkenntnisse würden z.B. in Deutschland wahrscheinlich ausreichen, um die Studie als „*streng geheim*“ in den Panzerschränken des Staates verschwinden zu lassen. Weil Jimmy Carter das wusste, hat er als US-Präsident dieses wichtige Zeugnis in seinen letzten Amtstagen zur „*unbeschränkten Veröffentlichung*“ freigegeben und damit allen auf der Welt anvertraut.

Warum wurden über zwei Jahrzehnte verplempert, ohne ernsthaft auf verstreute, dezentralisierte und erneuerbare Energiequellen umzustellen? Warum wurde die Abhängigkeit von Öleinfuhren aus dem krisengeschüttelten Nahen Osten hemmungslos weiter gesteigert?

Die Geschichte der US-Präsidentschaft Bushs, wie sie auszugsweise dargestellt wurde, scheint darauf eine teilweise und sehr deprimierende Antwort zu geben. Sehen wir uns nun die aktuellen Geschehnisse in Deutschland an, das bekanntlich über eine Regierung verfügt, die sich Umweltschutz und Förderung alternativer Energiesysteme auf ihre Fahnen geschrieben hat.

3. Die Fortsetzung der Monopolisierung durch deutsche Energiekonzerne

Kurz vor Ende der letzten Legislatur-Periode ruinierte die Bundesregierung schamlos ihre energiepolitische Bilanz. Gegen die Voten von Monopolkommission und Bundeskartellamt genehmigten Bundeskanzler Schröder und Bundeswirtschaftsminister Werner Müller (der auf der Pensionsliste von E.ON steht) die Übernahme der Ruhrgas durch E.ON. Ziel der Fusion ist ausdrücklich, den Wettbewerb auf dem deutschen Gasmarkt zu beschränken. E.ON soll mit sicheren - sprich: ungerechtfertigt überhöhten - Einnahmen in Deutschland zum Global Player aufsteigen - sprich: Eroberungen im Ausland finanzieren. Versorgungsleistungen aus einer Hand werden gerühmt: „Multi Utility - vom Kraftwerk bis zur Steckdose, vom Bohrloch bis zum Gasherd und von der Quelle bis zum Wasserhahn“. Dabei liegen die Gaspreise in Deutschland im EU-Vergleich bereits jetzt auf dem höchsten Niveau. Die Wettbewerbsbeschränkung wird als „im überragenden Interesse der Allgemeinheit“ liegend begründet. Das erinnert fatal an die Rechtfertigung der „Wehrhaftmachung der Deutschen Energiewirtschaft“ vom 13. Dezember 1935: „Um ... volkswirtschaftlich schädliche Auswirkungen des Wettbewerbs zu verhindern ...“ (vgl. Präambel des Energiewirtschaftsgesetzes / EnWG) Die Folgen für die Bürger stellen sich umgehend ein. Ab dem 1. Januar 2003 erhöht E.ON die Gaspreise und kassiert über seine Tochterfirmen unberechtigterweise insgesamt 96 Millionen Euro pro Jahr zuviel. (Flensburger Tageblatt, 23. 12. 02)

Mit ihren prall gefüllten „Kriegskassen“ aus ungebührlichen Monopolrenditen vereinnahmen die Energiekonzerne rigoros die Energie-, Wasser- und Abfallwirtschaft der EU-Beitrittsländer, der Länder, die bis zur Kapitulation von der Deutschen Wehrmacht besetzt waren und erzeugen so - mit Recht - neue Ressentiments gegen Deutschland.

Der notwendige Paradigmenwechsel kann erst eintreten, nachdem analog dem Bundesamt für Telekommunikation ein Bundesamt für Energie geschaffen ist. Wie sonst wird deutsches Kreativitätspotential für eine friedliche Zukunft fruchtbar? Ohne fairen Wettbewerb - sprich: gesetzlichen Schutz - werden potentielle Unternehmer unterdrückt, können sie keine nachhaltig-sicheren Arbeitsplätze auf dem dezentralen erneuerbaren Energiesektor schaffen.

4. Die sogenannte "Pressefreiheit"

„Bis zum heutigen Tag gibt es so etwas wie eine unabhängige Presse in der Weltgeschichte nicht. Sie wissen es, und ich weiß es. Es gibt niemanden unter Ihnen, der es wagt, seine ehrliche Meinung zu schreiben, und wenn er es tut, weiß er im Voraus, dass sie nicht im Druck erscheint. Ich werde jede Woche dafür bezahlt, meine ehrliche Meinung aus der Zeitung herauszuhalten, bei der ich angestellt bin. Andere von Ihnen werden ähnlich bezahlt für ähnliche Dinge, und jeder von Ihnen, der so dumm wäre, seine ehrliche Meinung zu schreiben, stünde auf der Straße und müsste sich nach einem neuen Job umsehen. Wenn ich meine ehrliche Meinung in einer Ausgabe meiner Zeitung veröffentlichen würde, wäre ich meine Stellung innerhalb von 24 Stunden los. Es ist das Geschäft der Journalisten, die Wahrheit zu zerstören, unumwunden zu lügen, zu pervertieren, zu verleumden, die Füße des Mammon zu lecken und das Land zu verkaufen für ihr tägliches Brot. Sie wissen es, und ich weiß, was es für eine Verrücktheit ist, auf eine unabhängige Presse anzustoßen. Wir sind die Werkzeuge und Vasallen der reichen Männer hinter der Szene. Wir sind die Hampelmänner, sie ziehen die Strippen und wir tanzen. Unsere Talente, unsere Fähigkeiten und unser ganzes Leben sind Eigentum anderer Menschen. Wir sind intellektuelle Prostituierte.“

John Swinton, Doyen der amerikanischen Presse,
Redaktionsleiter der New York Times, im Jahr 1880

Nach den Anschlägen vom 11.9.01 in New York und Washington führte der Axel Springer Verlag, Hamburg, eine Präambel in alle Journalistenverträge ein, nach der die Politik der NATO und der USA in allen Beiträgen grundsätzlich zu unterstützen ist.

Grundgesetz § 26 Abs. 1 "Verbot des Angriffskrieges"

"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen."

Strafgesetzbuch § 80 "Vorbereitung eines Angriffskrieges"

"Wer einen Angriffskrieg (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft."

Strafgesetzbuch § 80 a "Aufstacheln zum Angriffskrieg"

"Wer im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes öffentlich, in einer Versammlung oder durch Verbreitung von Schriften (§ 11 Abs. 3) zum Angriffskrieg (§ 80) aufstachelt, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft."

Im Dritten Reich war der "Volksempfänger" - im Volksmund auch "Goebbelschnautze" genannt - das ideale Propaganda-Medium zur schnellen Durchsetzung des Führerprinzips bis in den letzten Winkel. Einem Radio kann man eben nicht widersprechen - es nur ausschalten.

Jedoch heute, im Zeitalter des Internets, kann man mühelos "Feindsender" aus aller Welt empfangen. Deshalb lässt sich der "Unglaube" nicht mehr ohne weiteres per Inquisition bekämpfen, können Bücherverbrennungen und Druckverbote die Ausbreitung von Informationen nicht unterdrücken, sowie Versammlungsverbote und Zensur die freie Kommunikation nicht mehr total verhindern.

Ulrich Jochimsen, 1. Sprecher des Vorstandes der Grundtvig-Stiftung e.V. für bürgerbewegte politische Bildung; Geschäftsführendes Vorstandsmitglied Netzwerk Dezentrale EnergieNutzung e.V.
Telefon 0177-7114888, e-mail: jochimsen@netzwerk-den.de Potsdam, den 31.12.2002